

217 Quadratmeter Russland



In Russland hat der Bremer Künstler Markus Genesis, der sich in der Szene Wow123 nennt, ein einzigartiges Graffiti-Bild in einer Größe von 217 Quadratmetern geschaffen. Es greift Elemente des Fernseh-Testbildes auf und verfremdet sie. Anlass war das erste Street-Art-Festival „CityCanvas“ in Archangelsk im hohen Norden des Landes. FOTO: GENESIOUS

Bericht Seite 24

Investor will 20 Kitas in Bremen bauen

Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt bieten sich als Betreiber an / Verfassungsgericht kassiert Betreuungsgeld

VON SARA SUNDERMANN,
ANDRÉ FESSER UND DANIELA VATES

Bremen-Berlin. Bremen hat sich beim Ausbau der Kinderbetreuung einiges vorgenommen. 2150 zusätzliche Plätze will der Senat bis 2019 schaffen. Wie das geschehen soll, ist bislang aber offen. Ein bisschen weiter sind da schon einige Kita-Betreiber, die dem Senat am Dienstag ein Angebot unterbreiteten: Sie wollen den Kita-Ausbau gleich selbst vorantreiben und gemeinsam mit dem Bauunternehmer Klaus Hübottter 20 neue Einrichtungen schaffen.

Das Deutsche Rote Kreuz will 15 der zusätzlichen Kitas betreiben, die Arbeiterwohlfahrt fünf. Hübottter bietet sich dafür als Bauherr an und will rund 60 Millionen Euro investieren. Wenn sich geeignete Grundstücke in städtischem und privaten Eigentum für die neuen Kindergärten finden und Baugenehmigungen dafür erteilt werden, will der Bauunternehmer mit seiner Firma diese Grundstücke kaufen und darauf 20 Kindergärten bauen. Die Gebäude würden dann von der Firma Dr. Hübottter-Grundstücks-GmbH an die jeweiligen Kita-Betreiber vermietet.

„Wir sind bereit, uns sehr stark für den Kita-Ausbau zu engagieren“, sagt Arnold Knigge von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, in der sich sieben Verbände zusammengeschlossen haben. „Der Senat muss jetzt seine Ziele konkretisieren und klare Rahmenbedingungen schaffen.“ Er wolle den Senat ermutigen, beim Ausbau rasch zu handeln. Hübottter wünscht sich eine rasche Suche nach geeigneten Grundstücken und hofft auf zügig erteilte Baugenehmigungen. Die neue Kinder- und Bildungsbehörde will das Angebot nun prüfen.

Möglicherweise nimmt der neue Bürgermeister Carsten Sieling dieses Angebot gleich auf. Am Mittwochvormittag wird er in der Bremischen Bürgerschaft seine erste Regierungserklärung abgeben. Und das Thema Kita-Ausbau könnte dabei eine zentrale Rolle spielen. Im Koalitionsvertrag zumindest haben sich SPD und Grüne generell zu einem Ausbau der Kindertagesbetreuung bekannt. Und mit der Verlagerung des Teilbereichs Kinder vom Sozialressort ins Bildungsressort der Neu-Senatorin Claudia Bogedan (SPD) hat die Koalition diesem Thema als Schwerpunkt der kommenden Jahre einen neuen Impuls verliehen, um den Kita-Ausbau anzukurbeln.

Mit ein bisschen Glück könnte Bremen dabei auch Geld nutzen, dass der Bund bislang für das Betreuungsgeld geblockt hat. Denn nach dem Scheitern des Betreuungsgeldes vor dem Bundesverfassungsgericht streitet man nun darüber, wie die frei werdenden Millionen verwendet werden sollen. Ebenso wie Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) plädiert Bremens rot-grüne Landesregierung dafür, das Geld für Kitas auszugeben. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer fordert dagegen, der Bund müsse den Ländern das Geld zur Verfügung stellen, damit diese eigene Landes-Betreuungsgelder finanzieren könnten. In Bremen bezogen zuletzt mehr als 2500 Eltern Betreuungsgeld.

Für die CSU ist das Gerichtsurteil die zweite Niederlage binnen kurzer Zeit bei einem Symbolthema. Vor wenigen Wochen hatte die Bundesregierung das CSU-Projekt Pkw-Maut auf Eis gelegt, nachdem die EU-Kommission Einspruch erhoben hatte. Gegen das von der CSU in der letzten Unions-FDP-Regierung durchgesetzte und von Gegnern als „Herdprämie“ verspottete Betreuungsgeld hatte das SPD-regierte Hamburg geklagt. Das Verfassungsgericht verwarf das Gesetz einstimmig aus formalen Gründen: Der Bund hätte das Gesetz gar nicht erlassen dürfen, weil dafür die Länder zuständig seien.

Damit werden ab sofort keine neuen Betreuungsgeld-Anträge genehmigt. Wer das Geld bereits bezieht, bekommt es weiter. Der Zuschuss von zuletzt 150 Euro im Monat wird an Eltern gezahlt, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keine staatlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen. Die Leistung beziehen bundesweit rund 450.000 Familien. 95 Prozent der Empfänger sind Mütter. Im Bundeshaushalt sind für den Zuschuss dieses Jahr 900 Millionen Euro vorgesehen. Gut die Hälfte davon dürfte für gültige Ansprüche gebunden sein. Bayerns Landesregierung kündigte an, das Geld weiter zu zahlen. Der Arbeitgeberverband BDA erklärte, das Gericht korrigiere einen „bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Fehler“. Das Betreuungsgeld habe Eltern mit geringer Bildung und Migrationshintergrund abgehalten, ihre Kinder in Kitas zu geben und zu arbeiten.

Leitartikel Seite 2-Berichte Seiten 3 und 10

Weniger neue Schulden

Hannover. Die niedersächsische Landesregierung hat den Haushaltsentwurf 2016 beschlossen. „Es gibt keine nennenswerten Einschnitte“, sagte Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) nach Abschluss der zweitägigen Haushaltsberatungen des rot-grünen Kabinetts in Hannover. Dank weiter steigender Steuereinnahmen und niedrigerer Zinsen kann das Land im nächsten Jahr 45 Millionen Euro für 740 zusätzliche Gymnasiallehrer-Stellen und 40 Millionen Euro Sonderhilfen zugunsten der Kommunen für die Aufnahme von Asylbewerbern bewältigen – und gleichzeitig die Neuverschuldung um 120 auf dann 480 Millionen Euro absenken. Ministerpräsident Stefan Weil und sein Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (beide SPD) betonten wiederholt, bei den Haushaltsverhandlungen einen Spagat zwischen Sparen und Investieren machen zu müssen.

Das Fazit der Opposition zum Etatentwurf fällt erwartungsgemäß negativ aus. Trotz Rekordsteuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen schaffe es der Finanzminister immer noch nicht, auf neue Schulden zu verzichten, hieß es von der FDP. Die CDU sieht darin gar den „in Zahlen gegossenen Beleg für die politische Mut- und Ideenlosigkeit“ der Landesregierung. Aber auch Gewerkschaften, Interessenverbände, Bund der Steuerzahler und der Beamtenbund äußerten Kritik – jeder fordert für seinen Bereich mehr Geld.

Kommentar Seite2-Bericht Seite 15

BREMEN

Über den Umgang mit V-Leuten

Der bremische Verfassungsschutz hat schon seit einigen Jahren strenge Regeln für den Umgang mit V-Leuten. Ohne sie geht es nach Ansicht des Behördenleiters, Hans-Joachim von Wachter, nicht.

NORDEN

Gewinner und Verlierer im Watt

Die Zahl der Austernfischer, die im Wattenmeer brüten, ist um 40 Prozent zurückgegangen. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie. Kormorane hingegen konnten sich deutlich ausbreiten.

SPORT

Brinkumer SV soll büßen

Der Bremen-Ligist Brinkumer SV wird in die Landesliga zurückgestuft. Laut Bremer Fußball-Verband hat er gegen die Zulassungsbestimmungen der Bremen-Liga verstoßen. Der Klub kündigte Einspruch an.

POLITIK

Donald Trump liegt vorn

Trotz seiner umstrittenen Äußerungen hat der milliardenschwere republikanische Präsidentschaftsbewerber Donald Trump den Vorsprung auf seine Mitbewerber ausgebaut. Nach einer aktuellen Befragung unter Anhängern der Partei äußerten 24 Prozent Unterstützung für Trump.



11

16

27

5

RUBRIKEN

Familienanzeigen	21	Lesermeinung	5
Fernsehen	23	Rätsel & Roman	31
Immobilienmarkt	13	Tipps & Termine	20

ANZEIGE



Chancen suchen



Norbert Holst
über die Flüchtlingspolitik

Man muss nur die Bilder sehen, um zu verstehen, warum sich so viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa und insbesondere nach Deutschland machen. Wer hier einen gesicherten Status haben will, der beantragt Asyl. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist ein humanitärer Akt. Dafür haben viele Deutsche Verständnis. Die Antwort auf das Problem kann aber nicht die Errichtung immer neuer Zeltstädte in vollkommen überforderten Kommunen sein. Das besorgt viele Bürger zu Recht. Kaum etwas polarisiert die Deutschen so sehr wie dieses Thema.

Ein Teil des Problems ist hausgemacht: Deutschland hat die Herausforderung verdrängt. Die Folge: monatelange Fristen für die Bearbeitung von Asylanträgen, eine Zahl von mehr als 125.000 geduldeten Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden. Die Bundesregierung versucht mit dem neuen Bleiberecht und dem Prinzip der „sicheren Herkunftstaaten“ die Migrationswelle einzudämmen – vor allem mit Blick auf Menschen vom Balkan, die kaum eine Chance auf Asyl haben. Doch selbst, wenn das gelingen sollte: Der Massene Exodus aus Afrika und Arabien bleibt.

Ein erster Schritt wäre ein differenziertes Einwanderungsgesetz. Es würde Flüchtlingen ermöglichen, ihre Chance in Deutschland zu suchen, auch wenn sie keine Aussicht auf politisches Asyl hätten – ohne kriminelle Schleuserbanden.

Bericht Seite 4
norbert.holst@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Jürgen Klinsmann



In Deutschland hat sich Jürgen Klinsmann oft unverstanden gefühlt. Hier muss er sich bis heute trotz der sommermärchenhaften WM 2006 anhören, er sei doch gar kein Trainer. Nur ein Motivator. In den USA, in seiner neuen Heimat, will Klinsmann nun mal wieder beweisen, dass das so nicht stimmt. An diesem Mittwoch tritt sein US-Team im Halbfinale des Gold Cups gegen Jamaika an. Das Spiel werde hart, sagt Klinsmann, aber das sagt er immer. Wahrscheinlich wird seine Mannschaft, der Titelverteidiger und Favorit, Jamaika bezwingen. Wenn sie das schafft, würde es Klinsmann sicher doppelt freuen. Denn dann hätte er auch Jamaikas Trainer Winfried Schäfer besiegt. Einen Deutschen.

WETTER

Tagsüber

Nachts

Niederschlag



25°



14°



50%

Sonne, Wolken, kaum Schauer
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

